

Die Stadt Zürich und die Rolf Bossard AG

Verantwortung übernehmen!

Sämtliche Verträge zwischen der Dienstabteilung Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) und der Rolf Bossard AG (RBAG, zu 100% in städtischem Besitz) sind per Ende September bzw. Dezember 2018 gekündigt worden. Zwei bisher von der RBAG für die ERZ ausgeführte Aufträge – die Sammlung und Verwertung von Karton aus Haushaltungen und Betrieben und die Bewirtschaftung der Sammelstellen am Zürichsee – sind bereits an private Unternehmen vergeben, drei Chauffeurs und sechs Belader sind «mitverkauft» worden.

Die Unsicherheit bei den Mitarbeitenden ist gross. Eine klare und verbindliche Übernahme der Verantwortung durch die ERZ ist dringend nötig. Trotz der transparenten Information und den Bemühungen des RBAG-Verwaltungsrates gegenüber den Mitarbeitenden ist eine aktive und verbindliche Rolle der ERZ bzw. der Stadt Zürich notwendig.

Entschlossene Mitarbeitende

Anfang Februar hat der VPOD Zürich eine Flugblatt-Verteilaktion bei der RBAG in Oberhasli durchgeführt. Im Anschluss daran haben wir an einer Information für die Mitarbeitenden teilgenommen und mit der Leitung vor Ort kurz geredet. Seitens VPOD haben wir unsere volle Unterstützung für die betroffenen Mitarbeitenden erklärt und eine klare Forderung zur Arbeitsstellen-Übernahme durch die ERZ gestellt.

Die Mitarbeitenden der RBAG, welche keine andere gute Lösung finden, müssen automatisch von der ERZ – im Idealfall samt Tätigkeiten bzw. Aufträgen – oder vom restlichen Tiefbau- und Entsorgungsdepartement übernommen werden. Als Besitzerin steht die Stadt Zürich in der Verantwortung, den Mitarbeitenden der RBAG eine zumutbare Stelle innerhalb der ERZ anzubieten.

Wenige Tage später wurde der VPOD von Stadtrat Leutenegger für eine Besprechung der Forderung eingeladen. Das Gespräch verlief gut. Das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement sieht die Notwendigkeit zu handeln, und mündlich ist es bereit, die Verantwortung zu übernehmen. Für die Mitarbeitenden und uns ist das ein wichtiges Signal, das aber noch nicht genügt. Es braucht eine schriftliche Absichtserklärung, welche verbindlich sein muss. Das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement ist bereit, eine solche schriftliche «Garantie» abzugeben. In den nächsten Wochen werden wir dies mit dem Departement verhandeln. Danach werden sowohl die RBAG-Mitarbeitenden (direkt Betroffene) als auch die Basisgremien der VPOD Sektion Stadt & Institutionen darüber abstimmen. Wir sind zuversichtlich, vor allem dank der Entschlossenheit der Mitarbeitenden, eine gute und nachhaltige Lösung zu finden.

Mattia Mandaglio

Stadt Winterthur

Wenn die einen Rappen spalten!

Ein weiterer toller Erfolg für die Hauswartungen in Winterthur und den VPOD: Nachdem es gelungen ist, die Erhöhung der Hauswartungen in den Schulen zu erreichen*, konnte der Nachvollzug auch bei den Hauswartungen der Immobilien erreicht werden. Die Umsetzungen werden aber ganz unterschiedlich gehandhabt.

Wir erinnern uns: Dem VPOD gelang es, die Überführung der Hauswartungen der Schulen von der Lohnklasse 7 in die Lohnklasse 8 zu erkämpfen. Aber wir mussten vom zuständigen Departementsleiter (Stadtrat Fritschi) vernehmen, die Überführung werde kostenneutral umgesetzt.

Obwohl die Hauswartungen der Schulen per 1. September 2017 also in eine höhere Lohnklasse aufgestiegen sind, wurde ihnen die verdiente und hart erkämpfte Lohnanpassung verweigert. Dies steht in Widerspruch zu einer entsprechenden städtischen Wegleitung und zur weit verbreiteten internen Praxis. Der Departementsleiter hat sich als Rappenspalter entpuppt und die verdiente Lohnanpassung verweigert.

Es geht auch anders

Dass es auch anders geht, zeigt der Erfolg bei den Hauswartungen der Immobilien. Der VPOD hat nach dem erfolgreichen Kampf bei den Schulen sofort den Kontakt zum Bereich Immobilien gesucht, die Situation erläutert und den entsprechenden Antrag in der Funktionsbewertungskommission eingereicht. Der Antrag wurde gutgeheissen und die Hauswartungen der Immobilien per 1. Januar 2018 in die Lohnklasse 8 befördert. Und im Gegensatz zum Departement Schule und Sport wurde bei den Immobilien (Finanzdepartement) anerkannt, dass diese Beförderung mit einer Lohnanpassung einhergehen muss. Somit profitieren die betroffenen Hauswartungen dank dem VPOD von einer gut achtmal höheren Lohnrunde per 1. Januar 2018 als üblich. Gemeinsam werden die Hauswartungen der Schulen und der VPOD

die Möglichkeiten prüfen, auch den Hauswartungen der Schulen doch noch zu ihrer verdienten Lohnanpassung zu verhelfen. Schliesslich geht es nicht nur um zwei nahezu identische Funktionen, sondern auch um die nahezu identische Situation. Weshalb sich Stadtrat Fritschi als Rappenspalter inszeniert, ist vor dem Hintergrund des städtischen Rechnungsabschlusses (Überschuss von 56,5 Millionen Franken) schlicht nicht nachvollziehbar.

Georg Munz

* VPOD-Informationen Juli/August 2017

Einladung zur 100. Generalversammlung der VPOD Sektion Zürich Kanton

Mittwoch, 11. April 2018, 18.30–20.30 Uhr

VPOD Zürich, Sitzungssaal 5. Stock (Lift), Birmensdorferstrasse 67, Zürich (gegenüber Bahnhof Wiedikon, Tramhaltestelle 9 oder 14)

Traktanden:

A. Begrüssung und Mitteilungen

B. Statutarischer Teil

1. Wahl der StimmenzählerInnen
2. Genehmigung der Traktandenliste
3. Protokoll der GV vom 5. April 2017*
4. Jahresbericht 2017**
5. Jahresrechnung 2017**
 - a) Bericht der GRPK
 - b) Abnahme der Jahresrechnung 2017
6. Budget 2018*
7. Wahlen
 - a) Sektionsvorstand (Bestätigungs- und Neuwahlen)
 - b) Präsidium/Vizepräsidium (Neuwahlen)
 - c) SektionssekretärInnen (Bestätigungs- und Neuwahlen)
 - d) Kassier (Bestätigung ausgelagerte Buchhaltung)
 - e) GRPK Sektion (Neuwahl und Bestätigungen)
 - f) Unterschriftenberechtigte (Bestätigungs- und Neuwahlen)
 - g) VertreterInnen der Sektion in Regionalvorstand, Delegiertenversammlung der Region, GRPK der Region, Delegiertenversammlung VPOD Schweiz, Gewerkschaftsbünde Kanton Zürich und Stadt Winterthur
8. Anträge***
9. Verschiedenes

C. Information und Beschlüsse zu aktuellen Themen

Festakt 100 Jahre VPOD Sektion Zürich Kanton am Freitag, 19. Oktober 2018, im Theater Neumarkt
Der Vorstand der VPOD Sektion Zürich Kanton freut sich, die Mitglieder der Sektion an der diesjährigen GV willkommen zu heissen.

* Protokoll, Rechnung 2017 und Budget 2018 liegen an der GV auf, können aber vorgängig beim Sekretariat bestellt werden.

** Der Jahresbericht findet sich ab Mittwoch, 4. April 2018, unter <http://zuerich.vpod.ch> oder kann per Mail an info@vpod-zh.ch bestellt werden.

*** Anträge zuhanden der GV bitte bis Montag, 2. April 2018, schriftlich an das Sekretariat einreichen.

Neues Jahresprogramm 2018 und Monatsversammlungen

Die v pod Pensionierten starten durch!

Seit diesem Jahr arbeiten die Pensionierten des VPOD in der Region Zürich enger zusammen und treten gemeinsam auf. Die gemeinsamen Versammlungen sind ein Treffpunkt für alle Pensionierten im VPOD.

Die Pensionierten des v pod Zürich haben mit einer enormen Kraftanstrengung, mit Ausspra-

chen, Sitzungen, Versammlungen und Koordination ein neues Angebot für alle Pensionierten der Region Zürich geschaffen. Daran beteiligt sind die Pensioniertenvereinigung Stadt & Institutionen, der VBZ Veteranenbund und neu auch die Pensioniertengruppe der Sektion Lehrberufe sowie die Pensionierten der Sektion Zürich

Kanton. Die Kolleginnen und Kollegen des eidgenössischen Personals sind ebenfalls herzlich willkommen.

Jahresprogramm

Das vielseitige und attraktive Jahresprogramm 2018 wurde im Dezember allen Pensionierten zugestellt. Es informiert über die Daten der Mitgliederversammlungen und die Aktivitäten wie die beliebten Wanderungen, interessante Exkursionen und die Reisen.

Monatsversammlungen im Volkshaus Zürich

Neu findet jeweils am 1. Mittwoch des Monats von 14 bis 16 Uhr eine Mitgliederversammlung statt (Ausnahmen März, Juli und Dezember). Diese beinhalten einen informellen Teil und ein Schwerpunktthema. Erstbesucherinnen und -besucher werden an einem Willkommenstisch begrüsst.

Die nächste Versammlung findet statt am Mittwoch, 4. April 2018, um 14 Uhr im Volkshaus

Thema: Patientenverfügung und Vorsorgeauftrag
Wir laden alle pensionierten Kolleginnen und Kollegen ein, das neue Angebot zu nutzen.

Mario Galli und Alfred Affolter

Kontakte: Präsidenten der Gruppen oder Sektion Lehrberufe sowie im Internet unter zuerich.vpod.ch



Aktive Pensionierte an der Maivorfeier 2017 im Zürcher Volkshaus.

Agenda

Mittwoch, 14. März 2018, 18–21 Uhr
Berufsauftrag der Lehrpersonen – Probleme und Perspektiven
VPOD Zürich, Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

Dienstag, 27. März 2018, 9.30–17 Uhr
System der Altersvorsorge der 1. und 2. Säule
Bern

Mittwoch, 4. April 2018, 14 Uhr
Monatsversammlung der Pensionierten (siehe oben)

Mittwoch, 4. April 2018, 9–17.30 Uhr
Das neue Arbeitszeitgesetz AZG
VPOD Zürich, Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock
Der Kurs wird an die Weiterbildungspflicht gemäss Chauffeurzulassungsverordnung CZV angerechnet.

Mittwoch, 11. April 2018
Generalversammlung der VPOD Sektion Zürich Kanton
Siehe Kasten

Dienstag, 17. April 2018, 19 Uhr
Delegiertenversammlung Sektion Stadt und Institutionen
Zürich

Montag, 30. April 2018, 14.30 Uhr
Maivorfeier: Das Herz schlägt links
Siehe Seite 2

Dienstag, 1. Mai 2018: Tag der Arbeit
Kundgebungen im ganzen Kanton
Zürich
Siehe Seite 2

Donnerstag, 3. Mai 2018, 13.30–17 Uhr
Zu viel Bürokratie – und wer macht die Arbeit? Wie umgehen mit der (Über-)Administration in sozialen Berufen?
VPOD Zürich, Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, 5. Stock

LehrerInnen sind keine Spitzel!

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) will die Rechte von Sans-Papiers einschränken. Durch einen verstärkten Datenaustausch zwischen den Behörden ist das Recht auf Bildung für Sans-Papiers-Kinder in Gefahr.

Laut einem Vorstoss der SGK sollen zukünftig auch Schulen Sans-Papiers-Kinder bei den Einwohnerbehörden melden. Damit stellt die SGK das Recht auf Bildung für alle Kinder in der Schweiz infrage, welches die Schweizerische Bundesverfassung ebenso wie die UN-Kinderrechtskonvention und der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte garantieren. Eine generelle Meldepflicht der Schulen hätte zur Folge, dass vermehrt Sans-Papiers-Kinder nicht eingeschult würden und keinen Zugang zur Bildung hätten. Damit würde gegen den Auftrag der Bundesverfassung verstossen, das Kindeswohl zu schützen.

Der Vorstoss will insbesondere die Lehrpersonen zu Komplizen dieses Verfassungsbruches machen. Konkret sollen Lehrerinnen und Lehrer Kinder ohne geregelten Aufenthaltsstatus den Behörden leichter melden können. Damit ist



Bild: Kzenon/Fotolia.com

auch das Vertrauensverhältnis zwischen Eltern, SchülerInnen und Lehrpersonen in Gefahr, wenn LehrerInnen den Aufenthaltsstatus der Familie aushorchen sollen. Für den VPOD ist klar, dass aus Lehrpersonen keine Spitzel werden und sie sich gegen eine Denunzierung ihrer Schützlinge zur Wehr setzen. Eine sinnvolle Gesetzgebung zu Sans-Papiers müsste vielmehr die Erleichterungen bei der Regularisierung des Aufenthalts fordern. Der aktuelle Vorstoss dagegen verstösst offen gegen Bundesverfassung und Völkerrecht.

Fabio Höhener

HRZ will Kündigungsschutz abschaffen

Der Wolf im Schafspelz

Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) des Zürcher Gemeinderats will Abfindungen bei unverschuldeten Kündigungen neu zentral koordinieren und beschränken. Der Gemeinderat hat 2014 eine entsprechende Motion überwiesen. Nun liegt der Vernehmlassungsvorschlag des Stadtrats auf dem Tisch – er geht viel weiter als das Anliegen der RPK. Der Kündigungsschutz soll aufgehoben und das Prinzip der Wiedereinstellung bei einer missbräuchlichen Kündigung aufgegeben werden.

Die anerkannten Personalverbände schlagen Alarm: Im Eiltempo hat der Stadtrat die Vorlage Mitte November in die Vernehmlassung geschickt und die Frist bis Ende Januar festgelegt – ein Fristverlängerungsgesuch hat er abgelehnt. Anfang Februar haben sich die Vertreterinnen und Vertreter der Verbände anlässlich eines Treffens einer Delegation der HR-Konferenz und dem Stadtrat ihre Argumente dargelegt und ein Splitting der Vorlage beantragt. Die unbestrittenen Elemente der Vorlage – das Anliegen der RPK – sollen umgesetzt werden. Auf die Neuerungen, welche den Kündigungsschutz und weitere Errungenschaften abbauen wollen, soll verzichtet werden.

HRZ will beispielsweise den Katalog um einen Kündigungsgrund erweitern: «tief greifende Störung des Vertrauens, welche objektiv nachvollziehbar durch das Verhalten der oder des Angestellten begründet ist». Zudem soll auf das Ansetzen einer Bewährungsfrist verzichtet werden können, «falls eine Verwarnung zum Vornherein als zwecklos erscheint, weil damit der Grund für die Kündigung mit überwiegender Wahrscheinlichkeit nicht beseitigt werden kann». Zu guter Letzt will HRZ den Rekursen gegen eine Kündigung oder eine Freistellung die aufschiebende Wirkung entziehen und die Weiterbeschäftigung als primäre Rechtsfolge bei missbräuchlichen Kündigungen streichen.

Für den VPOD und die anderen anerkannten Personalverbände haben die Vorlagen 2017/892 und 2017/893 darum eine ausserordentliche Bedeutung – denn die vorgeschlagenen Neuerungen sind durch eine neoliberale und menschenverachtende Grundhaltung geprägt und untergraben öffentlich-rechtliche Grundsätze wie das Willkürverbot oder das Gleichbehandlungsgebot.

Duri Beer

Ein Ausblick auf den Tag der Arbeit

Lohngleichheit. Punkt. Schluss!

Der 1. Mai fällt dieses Jahr auf einen Dienstag. Aber schon am Wochenende beginnen die Aktivitäten zum Tag der Arbeit.

Die Gewerkschaften stellen dieses Jahr den Tag der Arbeit unter das Motto «Lohngleichheit. Punkt. Schluss!» (siehe dazu den Artikel hier «Frauentreffen für den 1. Mai»). In Zürich wird der Umzug wieder um 10.30 Uhr am Helvetiaplatz beginnen und zum Sechseläutenplatz führen. Syndicom-Kollegin Elisabeth Fannin übernimmt dort die Moderation der Kundgebung, an der Vania Alleva (Unia), der kulturschaffende Quotenmann Sunil Mann und die Frauenband Dead Milly auftreten werden.

Aber auch an anderen Orten im Kanton Zürich wird der Tag der Arbeit begangen:

- Affoltern a.A.: um 18 Uhr im Roots (Obere Bahnhofstrasse 4)
- Bülach: um 10 Uhr im Guss39 (Schaffhauserstrasse 102) mit Giorgio Pardini (syndicom), Jacqueline Badran (Nationalrätin SP) und Hannah Pfalzgraf (Kantonsrätin SP)

- Dietikon: Zeit und Ort noch nicht bekannt
- Stäfa: Zeit und Ort noch nicht bekannt
- Uster: um 15 Uhr in der Landihalle, mit Maria Sorgo (VPOD)
- Wädenswil: um 14 Uhr in der Kulturhalle Glärnisch
- Winterthur: Zeit und Ort noch nicht bekannt

Schon am Montag, 30. April, findet im Zürcher Volkshaus um 14.30 Uhr die Maivorfeier für die älteren Semester statt. Unter dem Motto «Das Herz schlägt links!» reden Paul Rechsteiner (SGB-Präsident und Ständerat SP) zum Thema «Der Generalstreik – ein Zentralereignis der Schweizer Geschichte» sowie Natascha Wey (VPOD-Sekretärin und Co-Präsidentin SP-Frauen Schweiz) zum Thema des 1. Mai 2018: Lohngleichheit. Punkt. Schluss! Und schon am Wochenende vom 28./29. April beginnt das Volksfest in der Kaserne Zürich.

Details für die einzelnen Anlässe werden laufend aktualisiert unter gbzk.ch

Neues Personalrecht sorgt für Unruhe

In der ersten Sitzung 2018 hat der grosse Gemeinderat der Stadt Winterthur ein neues Personalrecht (PST) für die städtischen Angestellten in Winterthur erlassen. Dank dem VPOD wurde die Vorlage des Stadtrates in einigen wichtigen Punkten verbessert.* Nun gibt es aber einige Unruhe um das Thema.

Grundsätzlich ist das neue PST beschlossene Sache. Jetzt gilt es aber, die entsprechende Vollzugsverordnung auszuarbeiten. Der VPOD ist in diesem Prozess sehr engagiert. Interessierte Mitglieder des VPOD melden sich direkt beim zuständigen Sekretär Georg Munz.

Einige städtische Mitarbeitende wurden bisher ganz offensichtlich ungenügend informiert. Insbesondere für Angestellte von Stadtwerk und Stadtbus kann das neue PST happige Änderungen mit sich bringen. Das neue PST regelt das Verhältnis von PST und übergeordnetem Recht neu. Das hat insbesondere Auswirkungen auf

Zulagenregelungen, die neben dem PST auch im Arbeitsgesetz oder dem Arbeitszeitgesetz zu finden sind.

Wiederholt hat der VPOD gefordert, dass die Stadt Klarheit schafft bezüglich der Auswirkungen des neuen PST für die Angestellten und dass sich die Stadt zumindest zu einer Besitzstandswahrung bekennt. Bisher sind die Informationen sehr knapp. Klar ist im Augenblick nur, dass zwei gesonderte Stadtratsbeschlüsse angestrengt werden. Und klar ist, dass der VPOD in diesen Prozess miteinbezogen werden muss.

Mehrere Angestellte haben sich beim VPOD über die mangelhafte Information durch die Stadt beklagt. Der VPOD unterstützt die betroffenen Angestellten in ihren Bestrebungen nach mehr Informationen und einer Lösung ohne finanzielle Einbussen für die Angestellten.

Georg Munz

* siehe letzte Ausgabe der VPOD-Informationen

100 Jahre VPOD Sektion Zürich Kanton

In dolce júbilo

Am 11. April findet die 100. Generalversammlung der VPOD Sektion Zürich Kanton statt (siehe Seite 1). Und am 19. Oktober feiern wir unseren 100. Geburtstag mit einem grossen Anlass.

Der Eintrag im Sozialarchiv hält fest: Die Gründung der Sektion Zürich («Sektion Kantonale Angestellte») erfolgte innerhalb des Staatsbeamtenvereins im Oktober 1918. Den Grundstein legte eine Gruppe von 12 Gärtnern. Erster Präsident war Ed. Meierhofer. Bald schlossen sich ihnen die Kollegen vom kantonalen Tierspital, vom Kriegskommissariat, vom Kantonsspital und der Frauenklinik an. Ende 1918 zählte die Sektion 80 Mitglieder. Im folgenden Jahr fusionierten die Gruppen Burghölzli, Wülflingen, Winterthur und Rheinau mit der Sektion Zürich. Hauptaufgabe des Verbandes war es, die wirtschaftliche Lage des Personals zu verbessern. Aktivitäten entfaltete die Sektion zunächst schwergewichtig in den Bereichen Lohnbewegung, Arbeitszeitverkürzung, Berufsausbildung, Personal- u. Disziplinarrecht und Sozialversicherungen. 1923 wurde anlässlich der Generalversammlung vom 26. März eine erste Namensänderung beschlossen:

Die Sektion nannte sich neu: «Sektion Staatspersonal». In den Jahren 1922–1924 stand die Sektion bereits in einem harten Abwehrkampf gegen die Abbautendenzen der Regierung. 1931 gehörten ihr bereits mehr als 800 Mitglieder an und es wurde ein Sekretariat eingerichtet. Zum ersten vollamtlichen Sekretär wurde Hans Amberg gewählt. 1970 umfasste die Sektion folgende Gruppen: Burghölzli, Burghölzli Oekonomie, Rheinau, Winterthur, Flughafen Zürich, Regensdorf, Kantonsspital Zürich, Angestellte und Arbeiter, Bauamtsarbeiter, Verwaltungs- und Gerichtspersonal. Die Sektion zählte damals 1163 Mitglieder. 2007 wurde nochmals eine Namensänderung beschlossen. Seit der Generalversammlung vom 18. April 2007 heisst die Sektion offiziell «Sektion Kanton Zürich».

Die Vorbereitungen für den Festanlass am 19. Oktober laufen auf Hochtouren. Und auch eine umfangreiche Publikation zur 100-jährigen Geschichte ist in Arbeit. Also merkt euch das Datum jetzt schon vor, um dann auch sicher dabei zu sein. Der Anlass beginnt um 17 Uhr im Theater Neumarkt.

Roland Brunner



Bild: Andrea Jeger

Kundgebung in Zürich am 14. Juni 2016 zum Jahrestag des Frauenstreiks.

Die GBKZ-Frauenkommission lädt ein zum

Frauentreffen für den 1. Mai

«Lohngleichheit. Punkt. Schluss!» Mit diesem Slogan für den 1. Mai 2018 setzt der Schweizerische Gewerkschaftsbund ein klares Zeichen. Wie wollen wir Frauen den Tag nutzen, um deutlich zu zeigen, dass wir es leid sind, immer noch gegen Lohndiskriminierung kämpfen zu müssen?

Lohngleichheit ist kein «Frauenthema», sondern geht Männer genauso etwas an. Es sind aber vor allem Frauen, die von Lohndiskriminierung betroffen sind. Frauen verdienen im Durchschnitt für gleichwertige Arbeit deutlich weniger als Männer. Daran wird sich noch lange nichts ändern, wenn wir Frauen nicht klipp und klar einfordern, was Verfassung und Gesetz schon seit Jahren vorschreiben: «Lohngleichheit. Punkt. Schluss!»

Der 1. Mai 2018 bietet uns Frauen die Möglichkeit, das Thema auf unsere Weise sicht- und hör-

bar zu machen. Ob in Adliswil, Bülach, Dietikon, Uster, Wädenswil, Winterthur, Zürich oder anderen Orten, an denen der Tag der Arbeit gefeiert wird: «Lohngleichheit. Punkt. Schluss!» ist das Thema der Stunde. Die Frauenkommission des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zürich (GBKZ) möchte diesen Tag nutzen und lädt alle interessierten Frauen zum Mitdenken und Mitmachen ein am

Mittwoch, 21. März 2018, 18–20 Uhr
VPOD-Sekretariat Zürich, 5. Stock (Lift)
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
(Tram 9/14 bis Bahnhof Wiedikon)

Es sind alle interessierten Frauen herzlich für das Treffen eingeladen. Fragen? Dann melde dich bei Brigitte Gügler, Tel. 044 295 30 21.

Brigitte Gügler

Lohngleichheit. Punkt. Schluss!

